

Kampf gegen Zwang zur Mitgliedschaft

Auch Lüneburger
Gegner treten
weiter gegen
die Kammern an

Lüneburg. Eine herbe Niederlage haben die Gegner der Zwangsmitgliedschaften in den Industrie- und Handelskammern vor dem Karlsruher Verfassungsgericht hinnehmen müssen (LZ berichtete). Die Beitragspflicht sei nicht zu beanstanden, heißt es in dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (AZ: 1 BvR 2222/12). Intensiv diskutierten jetzt die Mitglieder des Bundesverbandes für freie Kammern

(BffK) in Kassel, auch mit dem neuen Präsidenten der Hamburger Handelskammer, Tobias Bergmann, über die Möglichkeiten, den Rechtsstreit weiter fortzuführen, nun vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Brüssel. Der im Februar 2017 gewählte Bergmann hatte vor seiner Wahl versprochen, die Pflichtbeiträge abzuschaffen.

„Unser Widerstand gegen die Zwangsmitgliedschaft bleibt bestehen. Ich bin noch jung, ich habe die Kraft, und ich kämpfe weiter gegen diese Zwangsmitgliedschaft“, sagt die Lüneburger Unternehmerin Anikó Hauch, Mitglied im Bundesverband freier Kammern.

Die Kammergegner wollen nach dem Wahlerfolg bei der Hamburger Handelskammer auch die Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern erobern. Auch bei der IHK Lüneburg-Wolfsburg stehen im nächsten Jahr die Wahlen zur Vollversammlung an.

„Wir sind bereit, und wir werden uns als Kammergegner für die Wahl aufstellen“, sagt Anikó Hauch. Unterstützer findet die Chefin einer Lüneburger Personalvermittlung nach eigenen Angaben in den Reihen der Zwangsmitglieder und plant schon weitere Aktionen, eben auch mit dem Präsidenten der Hamburger Handelskammer Tobias Bergmann. lz